

hingegen kaum Berücksichtigung, wie Minen in den Provinzen Santa Cruz (z.B. Cerro Vanguardia, Cerro Negro), San Juan (z.B. Veladero) oder Jujuy (Bottaro/Sola Álvarez 2014; Duárez 2018; Torunczyk Schein 2016).

Weiterhin fällt in den empirischen Studien zu Konflikten um Bergbau auf, dass einige Autor:innen die Beziehungen zwischen Bergbauunternehmen und den Gemeinden in den Abbauregionen als dichotomes Verhältnis zwischen Herrschenden und Beherrschten analysieren (Antonelli 2009; Silva 2016). Ballard und Banks (2003: 290) sowie Dougherty (2013) kritisieren, dass vor allem transnationale Bergbauunternehmen als monolithische Akteure porträtiert werden. Nur wenige Studien bestimmen das Verhältnis zwischen Bergbauunternehmen und Gemeinden näher und vermögen es, Einblicke in die Rolle zu geben, die Bergbauunternehmen in den Abbauregionen spielen. In diesem Zusammenhang argumentiert Dougherty (2013), dass gerade Studien, die sich mit den Strategien (transnationaler) Bergbauunternehmen an den Orten der Rohstoffförderung auseinandersetzen, weitere Erklärungsansätze für die vielfältigen Auswirkungen industrieller Bergbauvorhaben liefern könnten. Godfrid (2020) beispielsweise analysiert die Kommunikationsstrategien, die Bergbauunternehmen in den Abbauregionen verfolgen, um lokale Konflikte einzuhegen, und zeigt, dass diese vor allem auch bei der Gestaltung von Bildungsmaterialien in Schulen und Weiterbildungen mit Lehrkräften eine Rolle spielen. Gustafsson (2018) zeigt, dass die Beziehungen zwischen transnationalen Bergbauunternehmen und lokalen Gemeinden von strategischer Zusammenarbeit und Klientelismus geprägt sein können und dieses Verhältnis mitbestimmt, welchen Einfluss Bergbauunternehmen auf lokale Verständigungsprozesse haben können. Sydow (2016) zeigt, wie Bergbauunternehmen lokale Gemeinden in Beteiligungsprozesse einbeziehen und Entwicklungsprogramme implementieren, mit denen die Unternehmen auf eine Depolitisierung sozialökologischer Auswirkungen abzielen.

2.2 Strategien von Bergbauunternehmen in den Abbauregionen

Bergbauunternehmen haben eine Reihe von Strategien entwickelt, um soziale Akzeptanz für ihre Bergbauaktivitäten in den Abbauregionen zu erzeugen sowie einer weiteren Öffentlichkeit ihre unternehmerische gesellschaftliche Verantwortung zu demonstrieren. Diese Vielzahl an Strategien und Maßnahmen werden in der Literatur unter dem Sammelbegriff der *Corporate Social Responsibility* gefasst. Nach Blowfield und Frynas (2005: 503) gehört zum

Kern der CSR, dass Unternehmen jenseits rechtlich bindender Regelungen Verantwortung für die negativen Auswirkungen ihres Handelns gegenüber Gesellschaft und Umwelt, gegenüber Unternehmenspartner:innen (zum Beispiel entlang von Lieferketten) sowie gegenüber einer breiteren Öffentlichkeit übernehmen (siehe auch Banerjee 2008; Carroll 2008; Crane et al. 2008; De Bakker et al. 2005; Shamir 2004). Nachdem vor allem die extraktiven Industrien infolge zahlreicher Unternehmensskandale (Menschenrechtsverletzungen, ökologische Katastrophen) lange in der Kritik standen, verständigten sich die größten Bergbauunternehmen nach dem Weltgipfel in Johannesburg 2002 unter dem Leitmotiv der nachhaltigen Entwicklung auf gemeinsame Leitlinien für verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln gegenüber Mensch und Umwelt (Dashwood 2012; Jenkins 2004).

Forschungsarbeiten aus den Sozialwissenschaften und den Management Studies untersuchen globale Foren und Initiativen, wie das *International Council on Mining & Metals* (ICMM) und die *Global Reporting Initiative* (GRI), mit denen sich Bergbauunternehmen auf eine Reihe von Leitlinien, Standards und Verhaltenskodizes verständigen, um den Forderungen nach Umweltschutz, Einhaltung von Menschenrechten und Nachhaltigkeit nachzukommen und sich zur Transparenz ihrer Unternehmensaktivitäten zu verpflichten (Dashwood 2014: 564ff.). Zu den Instrumenten, die Bergbauunternehmen in ihre Managementstrategien aufgenommen haben, zählen unter anderem die Verständigung auf gemeinsame freiwillige marktbasierende Verhaltensrichtlinien und Leitprinzipien (*codes of conduct*), eine regelmäßige Sozial- und Umweltberichterstattung sowie stärkere Bemühungen zur Gemeindeentwicklung in den Abbauregionen über lokale Entwicklungsprogramme (Banerjee 2018; Himley 2013; Jenkins/Yakovleva 2006; Newell 2005; Shamir 2004: 676f.). Andere Forschungen verdeutlichen, dass vor allem große, transnational agierende Bergbauunternehmen im Vergleich zu *juniors* und mittelgroßen Unternehmen über größere finanzielle Ressourcen verfügen, die es ihnen eher ermöglichen, Umwelt- und Sozialstandards in den Abbauregionen einzuhalten (Dougherty 2013: 344; Haslam/Tanimoune 2016: 403).

Vor allem anthropologische Arbeiten beschäftigen sich mit der Umsetzung von CSR-Strategien und analysieren konkrete Unternehmenspraktiken der Bergbauunternehmen an den Orten der Rohstoffförderung, meist in Form von Einzelstudien (Banks et al. 2013; Dolan/Rajak 2016; Gilberthorpe/Rajak 2016; Rajak 2011; Smith/Helfgott 2010; Welker 2009). Ein Forschungsstrang beschäftigt sich mit Maßnahmen der Bergbauunternehmen, mit denen sie

die Arbeitsbedingungen innerhalb des eigenen Unternehmens zu verbessern versuchen (z.B. Arbeitssicherheit und -gesundheit) (Clemenceau 2019b; historisch: Nash 1979; Sario 1988). Andere Arbeiten rücken die Beziehungen zwischen den Bergbauunternehmen und der Bevölkerung, die in den Gemeinden in den Abbauregionen von Minen wohnt, in den Fokus. Diese werden in der Literatur gemeinhin als *Community Relations* transnationaler Bergbauunternehmen bezeichnet und sind für diese Arbeit von besonderer Bedeutung (Ballard/Banks 2003; Banks et al. 2013; Kapelus 2002).

Kapelus (2002) zeigt, dass die Gemeinden in geographischer Nähe zu Bergbauprojekten immer schon im Fokus der Unternehmen standen, denn sie können direkt von den Bergbauaktivitäten betroffen sein und deshalb am ehesten Bedenken gegenüber den Unternehmen vorbringen (z.B. durch Umweltauswirkungen, Verlust der Lebensgrundlage, Umsiedlungsmaßnahmen). Andere Autor:innen arbeiten heraus, wie Bergbauunternehmen die Bevölkerung in den Abbauregionen als »natürliche« Nachbar:innen oder »gastgebende« Gemeinschaften (*host communities*) konstruieren und den gegenseitigen Nutzen, den die Bergbauaktivitäten gleichermaßen für die Unternehmen und die Gemeinden während der Lebensdauer der Mine bringen würden, betonen (Godfrid 2017a; Jenkins 2004: 29). Rajak (2011) zeigt in einer Studie zum südafrikanischen Platinbergbau, wie Bergbauunternehmen universalistische Leitlinien wie Demokratie, Entwicklung, Freiheit oder Unternehmer:innengeist (*entrepreneurship*) in Programme umsetzen, mit denen sie Entwicklungsfonds einrichten, den Aufbau lokaler Wirtschaftsstrukturen fördern oder Gelder für die Verbesserung der sozialen Infrastruktur bereitstellen.

In der Literatur zu CSR überwiegen Arbeiten, die eine Managementperspektive einnehmen. Das konkrete Handeln von Bergbauunternehmen wird vor allem als eine Form des Risikomanagements verstanden, bei der die Rentabilität und Kontinuität der Bergbauaktivitäten im Vordergrund steht. Boutilier und Thomson (2019) verwenden den Begriff der »sozialen Lizenz«, mit dem sie all jene Strategien transnationaler Bergbauunternehmen bezeichnen, die darauf ausgerichtet sind, die soziale Akzeptanz der Bevölkerung in den Abbauregionen zu erzeugen und aufrechtzuerhalten (siehe auch Gunningham et al. 2004). Weitere Arbeiten verdeutlichen, dass alle Maßnahmen und Programme, die Bergbauunternehmen in den Abbauregionen ihrer Minen entwickeln, darauf abzielen, negative Auswirkungen der Bergbauförderung als technische Probleme darzustellen, für die die Unternehmen Lösungen entwickelt haben (Devenim Vera 2014; Sydow 2016). Eine Vielzahl an *Manuals* – wie

das *Toolkit* »Mining: Partnerships for Development« des ICMM (2011) – stellen für die Bergbauindustrie Handreichungen bereit, die die Unternehmen an lokale Kontexte in den Abbauregionen anpassen können, um über ein gezieltes Management das Entstehen lokaler Konflikte um Bergbau zu verhindern (siehe auch Davis/Franks 2014). Programme und Maßnahmen, die im Sinne des Risikomanagements implementiert werden, reichen von Aufklärungs- und Informationsmaterialien (Godfrid 2020) über Beschwerdemechanismen und Dialogforen (Kemp et al. 2011), das Anwerben von lokalen Arbeitskräften (Himley 2013) bis hin zur Förderung lokaler Wirtschafts- und Gemeindestrukturen in Bereichen wie Gesundheit, Bildung, Landwirtschaft und den Auf- und Ausbau von Klein- und Kleinstunternehmen (Composto 2011; Godfrid 2017a; Gustafsson 2018; Sydow 2016).

Die Beziehungen, die Bergbauunternehmen zu den Gemeinden in den Abbauregionen aufbauen, betrachtet die CSR-Literatur als Stakeholder-Beziehungen. Der Begriff Stakeholder (Interessengruppen) stammt aus den Wirtschaftswissenschaften und bezeichnet nach Freeman (1984) Gruppen und Personen, die sich positiv oder negativ auf das Bergbauunternehmen beziehen können. Im Kontext des industriellen Bergbaus stellen die Gemeinden, die sich in geographischer Nähe zu den Minen befinden, eine zentrale Interessengruppe dar. Die Beziehung, die Bergbauunternehmen zu ihnen aufbauen, betrachtet die CSR-Literatur als eine Frage des Managements, um das Entstehen von sozialen Konflikten um Bergbau zu vermeiden (Froo-man 1999; Jenkins 2004; Jenkins/Yakovleva 2006; Newell 2005). Yakovleva (2008) unterscheidet auf Basis einer vergleichenden Studie zwischen drei verschiedenen Governance-Modellen, nach denen Bergbauunternehmen die Beziehungen zu den Gemeinden in den Abbauregionen organisieren und Programme zur Förderung lokaler Entwicklung implementieren. Verfolgen Bergbauunternehmen einen unternehmensgesteuerten Ansatz der *Community Relations*, dann planen sie innerhalb ihrer Konzernzentralen Entwicklungsprogramme und führen sie ohne lokale Kooperationspartner in den Gemeinden durch. Beim Partnershipsansatz kooperieren Bergbauunternehmen mit ausgewählten Akteuren in den Gemeinden und binden sie in die Implementierung von Entwicklungsprogrammen ein. Eine dritte Form zeigt, dass vor allem seit den 1990er Jahren Bergbauunternehmen zunehmend Stiftungen oder NGOs in der Abbauregion gründen, denen sie die Verantwortung für die Planung und Durchführung von Entwicklungsinitiativen übertragen.

Arbeiten, die sich kritisch mit den Strategien von Bergbauunternehmen zur Erzeugung sozialer Akzeptanz auseinandersetzen, verdeutlichen, dass Bergbauunternehmen ihre Interessengruppen innerhalb der Gemeinden in den Abbauregionen danach auswählen, wer eine herausragende (politische, ökonomische, soziale) Position innehat (Gustafsson 2018; Welker 2009). Newell (2005: 552) zeigt, dass Unternehmen vor allem Frauen, jüngere Personen und marginalisierte Gruppen, die schlechter organisiert sind, als Teilnehmende in ihre Programme einbeziehen, sie hingegen nicht in Entscheidungs- und Diskussionsprozesse über die Implementierung und die Ausrichtung von Programmen zur Förderung lokaler Entwicklung einbinden. Nicht selten führt dies zu Konflikten unter der Bevölkerung in Abbauregionen darüber, wer von den Bergbauunternehmen profitiert und wer nicht (Conde 2017: 87). Staatliche Vertreter:innen wie Bürgermeister:innen als Interessengruppen auszuwählen und in Entscheidungsprozesse einzubinden, stelle einen »zentralen Unternehmensstandard« (Sydow 2016: 225) dar.

In der Bergbau-Literatur analysieren einige Autor:innen die Erstellung von Umweltverträglichkeitsstudien im Rahmen von staatlichen Umweltverträglichkeitsprüfungen als weitere Strategie, mit der Bergbauunternehmen konkrete Auswirkungen ihrer Bergbauprojekte identifizieren und Maßnahmen zum Risikomanagement festlegen können.¹ Damonte (2013) zeigt, dass Umweltverträglichkeitsprüfungen seit den 1990er Jahren von einer Reihe an Staaten in Lateinamerika als Instrument eingesetzt wird, um Bergbauunternehmen an Umweltauflagen zu binden. Empirische Studien kritisieren, dass die Bergbauunternehmen zwar vorgeben, die Bevölkerung in den Abbauregionen über die Folgen der Bergbauförderung aufzuklären, dies jedoch in der Praxis nur begrenzt stattfindet (Aguilar-Støen/Hirsch 2017; Li 2009, 2015). Vielmehr würden die Bergbauunternehmen Umweltverträglichkeitsprüfungen dazu nutzen, um Beziehungen mit staatlichen Vertreter:innen aufzubauen und negative Auswirkungen auf die Abbauregion als räumlich begrenzt darzustellen (O’Faircheallaigh 2010; O’Faircheallaigh/Corbett 2005). Andere Arbeiten aus der Sozialanthropologie und der Politischen Geographie sehen in den Umweltverträglichkeitsprüfungen eine Unternehmensstrategie, die verdeutliche, dass Bergbau ein tief territoriales Phänomen sei. Die Abbauregio-

1 Die Internationale Vereinigung für Folgenabschätzung (*International Association for Impact Assessment*, IAIA) bezeichnet Umweltverträglichkeitsstudien als Prozess, um die biophysikalischen, sozialen und anderen relevanten Auswirkungen von Vorhaben zu identifizieren, zu antizipieren und zu bewerten (IAIA 1999).

nen seien für die Bergbauunternehmen vor allem Orte, an denen sie die Kontinuität der Minenaktivitäten sicherstellen und entsprechende Maßnahmen des Risikomanagements ausarbeiten würden, wobei jedoch gesellschaftliche Strukturen und lokale Machtverhältnisse unberücksichtigt blieben (Ceceña Martorella 2016; Mastrangelo 2004; Silveira 2007, 2011).

Aus den vorgestellten Arbeiten geht hervor, dass die Strategien der Bergbauunternehmen übergeordnet darauf ausgerichtet sind, soziale Akzeptanz der Gemeinden in den Abbauregionen von Minen zu erzeugen. Dabei reichen die Strategien der Unternehmen von territorialer Intervention über den Aufbau von Beziehungen mit den Gemeinden der Abbauregionen bis hin zur Durchführung von Programmen zur Förderung lokaler Entwicklung. Arbeiten aus der CSR-Forschung sehen in den Strategien eine Form des Risikomanagements, mit denen Bergbauunternehmen darauf abzielen, negative Auswirkungen von Bergbauaktivitäten zu identifizieren und Maßnahmen zur Kompensation zu entwickeln. Auch die Beziehungen, die Bergbauunternehmen zu den Gemeinden der Abbauregion pflegen, und die Programme, die sie zur Förderung lokaler Entwicklung ausarbeiten, stellen in dieser Perspektive die lokale Umsetzung von unternehmerischen Managementstandards dar. Anliegen dieser Arbeiten ist es hingegen nicht, die Auswirkungen der Bergbauaktivitäten auf lokale Demokratie- und Entwicklungsprozesse in den Gemeinden der Abbauregionen zu verstehen.

2.3 Auswirkungen auf lokale Politik in den Abbauregionen

Ballard und Banks (2003: 289) bezeichnen das Verhältnis zwischen Unternehmen, Staat und Gemeinden als triadische Beziehung. Der Staat wird in der Literatur zur Ausweitung des industriellen Bergbaus als Regulierungsinstanz und Befürworter von rohstoffexportierenden Entwicklungsstrategien analysiert, der das Verhältnis von Bergbauunternehmen und den Gemeinden in den Abbauregionen organisiert (Gudynas 2012; Lander 2012). Wie dabei Bergbauunternehmen Einfluss auf den Staat selbst und hierbei vor allem auf lokale Politikprozesse nehmen, bleibt meist unberücksichtigt. Empirische Studien über das Vorgehen von Bergbauunternehmen in den Abbauregionen stehen weitestgehend abgekoppelt von theoretischen Debatten in den Sozialwissenschaften, die sich mit der Einflussnahme von nichtstaatlichen Akteuren auf politische Entscheidungsprozesse und die Ausgestaltung von Politik beschäftigen. Eine dezidierte Auseinandersetzung mit der Frage, inwiefern